

**DE**

**DE**

**DE**



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 15.10.2010  
KOM(2010) 565 endgültig

2010/0287 (NLE)

Vorschlag

**BESCHLUSS DES RATES**

**über den Abschluss eines neuen Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Union der Komoren**

## BEGRÜNDUNG

Auf der Grundlage des Mandats des Rates<sup>1</sup> hat die Europäische Kommission mit der Union der Komoren Verhandlungen zur Erneuerung des Protokolls zum partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Union der Komoren vom 6. Oktober 2006 geführt. Nach Abschluss dieser Verhandlungen wurde am 21. Mai 2010 ein neues Protokoll mit einer Laufzeit von drei Jahren ab Erlass des Beschlusses des Rates über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung dieses Protokolls und nach Ablauf des geltenden Protokolls am 31. Dezember 2010 paraphiert, das am 16. September 2010 im Wege eines Briefwechsels geändert wurde.

Dieses Verfahren wird parallel zu den Verfahren im Zusammenhang mit dem Beschluss des Rates über die Unterzeichnung im Namen der Union und die vorläufige Anwendung des Protokolls selbst und mit der Verordnung des Rates über die Aufteilung der Fangmöglichkeiten auf die EU-Mitgliedstaaten eingeleitet.

Die Verhandlungsposition der Kommission basierte unter anderem auf einer Ex-Post-Bewertung durch externe Sachverständige.

Hauptziel des Protokolls ist es, die Fangmöglichkeiten der Fischereifahrzeuge der Europäischen Union abhängig vom verfügbaren Überschuss sowie die finanzielle Gegenleistung festzulegen, die eindeutig aufgrund der Zugangsrechte und der Unterstützung des Fischereisektors geschuldet wird.

Ziel ist die anhaltende Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Union der Komoren, wodurch im Interesse beider Parteien ein partnerschaftlicher Rahmen für die Entwicklung einer nachhaltigen Fischereipolitik und einer verantwortungsvollen Nutzung der Fischereiressourcen in der komorischen Fischereizone geschaffen wird.

Das neue Protokoll ist geprägt durch den Wunsch beider Parteien, die Partnerschaft und die Zusammenarbeit im Fischereisektor mit allen verfügbaren Finanzinstrumenten zu verstärken. Zu diesem Zweck wird an die Notwendigkeit erinnert, einen Rahmen zu schaffen, der der Entwicklung der Investitionstätigkeit in diesem Sektor und der Valorisierung der Produkte der handwerklichen Fischerei förderlich ist.

Die gesamte finanzielle Gegenleistung des Protokolls in Höhe von 1 845 750 EUR für die gesamte Laufzeit ergibt sich aus a) einer Jahresreferenzmenge von 4850 Tonnen für 70 Schiffe, das entspricht 315 250 EUR jährlich und b) einem Betrag zur Stützung der Fischereipolitik der Union der Komoren in Höhe von 300 000 EUR jährlich. Diese Stützung steht mit den Zielen der nationalen Fischereipolitik in Einklang.

Es sind Fangmöglichkeiten für 45 Thunfisch-Wadenfänger und 25 Oberflächen-Langleiner vorgesehen. Diese Fangmöglichkeiten können jedoch abhängig von den jährlichen Bestandsbewertungen nach oben oder unten korrigiert werden, was eine entsprechende Anpassung der finanziellen Gegenleistung nach sich zieht.

---

<sup>1</sup> Beschluss Nr. 9180/10 vom 10. Mai 2010.

Die Kommission schlägt dem Rat mit Zustimmung des Parlaments auf dieser Grundlage vor, die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Protokolls mit einem Beschluss zu genehmigen.

Vorschlag

**BESCHLUSS DES RATES**

**über den Abschluss eines neuen Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Union der Komoren**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 43 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 6 Buchstabe a,

auf Vorschlag der Kommission<sup>2</sup>,

nach Zustimmung des Europäischen Parlaments<sup>3</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1563/2006 des Rates hat die Europäische Gemeinschaft ein partnerschaftliches Fischereiabkommen mit der Union der Komoren geschlossen<sup>4</sup>.
- (2) Die Europäische Union hat anschließend mit der Union der Komoren ein neues Protokoll zum partnerschaftlichen Fischereiabkommen ausgehandelt, mit dem den Fischereifahrzeugen der Europäischen Union Fangmöglichkeiten in den Gewässern eingeräumt werden, die in Fischereifragen der Hoheit und Gerichtsbarkeit der Komoren unterliegen.
- (3) Im Anschluss an diese Verhandlungen wurde am 21. Mai 2010 ein neues Protokoll paraphiert.
- (4) Mit Beschluss Nr. 2010/XXX des Rates vom [...] <sup>5</sup> wurde dieses neue Protokoll mit Wirkung vom [...] vorläufig angewandt.
- (5) Es ist im Interesse der Europäischen Union, dieses neue Protokoll zu genehmigen —

---

<sup>2</sup> ABl. C [...] vom [...], S. [...].

<sup>3</sup> ABl. C [...] vom [...], S. [...].

<sup>4</sup> Verordnung (EG) Nr. 1563/2006 des Rates vom 6. Oktober 2006, ABl. L 290 vom 20.10.2006.

<sup>5</sup> ABl. C [...] vom [...], S. [...].

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Das am 21. Mai 2010 paraphierte Protokoll zum partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Union der Komoren wird im Namen der Europäischen Union genehmigt<sup>6</sup>.

Der Wortlaut des Protokolls ist diesem Beschluss beigefügt.

*Artikel 2*

Der Präsident des Rates wird ermächtigt, die Personen zu benennen, die befugt sind, die Notifizierung nach Artikel 14 des Protokolls im Namen der Europäischen Union vorzunehmen, um der Zustimmung der Europäischen Union zum Protokoll<sup>7</sup> Ausdruck zu verleihen.

*Artikel 3*

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am

*Im Namen des Rates  
Der Präsident*

---

<sup>6</sup> Der Wortlaut des Protokolls sowie der Beschluss über seine Unterzeichnung wurden im Amtsblatt [...] veröffentlicht.

<sup>7</sup> Das Generalsekretariat des Rates veröffentlicht das Datum des Inkrafttretens des Protokolls im Amtsblatt der Europäischen Union.

## PROTOKOLL

### **zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Union der Komoren**

#### *Artikel 1*

##### *Laufzeit und Fangmöglichkeiten*

1. Für einen Zeitraum von drei Jahren werden den Schiffen der Europäischen Union folgende Fangmöglichkeiten gemäß Artikel 5 des partnerschaftlichen Fischereiabkommens eingeräumt:
  - Thunfisch-Wadenfänger: 45 Schiffe,
  - Oberflächen-Langleinenfischer: 25 Schiffe.
2. Absatz 1 gilt vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 5, 6, 8 und 9 dieses Protokolls.

#### *Artikel 2*

##### *Finanzielle Gegenleistung - Zahlungsweise*

1. Die finanzielle Gegenleistung gemäß Artikel 7 des partnerschaftlichen Fischereiabkommens wird für den in Artikel 1 genannten Zeitraum auf 1 845 750 EUR festgesetzt.
2. Die finanzielle Gegenleistung setzt sich zusammen aus
  - a) einem jährlichen Betrag in Höhe von 315 250 EUR für den Zugang zur ausschließlichen Wirtschaftszone der Komoren als Gegenleistung für den Fang einer Referenzmenge von 4 850 t Fisch pro Jahr, und
  - b) einem spezifischen Betrag von jährlich 300 000 EUR, der für die Stützung der Durchführung fischereipolitischer Maßnahmen der Komoren bestimmt ist.
3. Absatz 1 gilt vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 3, 4, 5 und 6 dieses Protokolls und der Artikel 12 und 13 des Abkommens.
4. Die Europäische Union zahlt die in Absatz 1 genannte finanzielle Gegenleistung während der Laufzeit dieses Protokolls als jährlichen Betrag von 615 250 EUR, das entspricht der Summe der in Absatz 2 Buchstaben a und b genannten jährlichen Beträge.
5. Übersteigt die Gesamtmenge der von den Schiffen der Europäischen Union in den komorischen Gewässern getätigten Fänge 4 850 Tonnen jährlich, so wird der Gesamtbetrag der jährlichen finanziellen Gegenleistung um 65 EUR je zusätzliche Tonne erhöht. Der von der Europäischen Union gezahlte jährliche Gesamtbetrag darf jedoch das Doppelte des in Absatz 2 Buchstabe a genannten Betrages nicht übersteigen (630 500 EUR). Übersteigen die Fänge der Schiffe der Europäischen Union die dem Doppelten des jährlichen Gesamtbetrags entsprechenden Mengen, so

wird der Betrag für die über diese Höchstmenge hinausgehenden Fänge im darauf folgenden Jahr gezahlt.

6. Die Zahlung erfolgt im ersten Jahr spätestens 30 Tage nach Inkrafttreten des Protokolls und in den folgenden Jahren spätestens zum Jahrestag des Protokolls.
7. Die komorischen Behörden entscheiden uneingeschränkt über die Verwendung der finanziellen Gegenleistung gemäß Absatz 2 Buchstabe a.
8. Der gesamte Betrag der in Absatz 2 genannten finanziellen Gegenleistung wird auf ein einziges Konto des Schatzamtes bei der Zentralbank der Komoren überwiesen.
9. Von diesem einzigen Konto wird der Betrag, der der finanziellen Gegenleistung gemäß Absatz 2 Buchstabe b entspricht, auf das Konto TR 5006 des für Fischerei zuständigen Ministeriums bei der Zentralbank überwiesen.

### *Artikel 3*

#### *Förderung einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Fischerei in den komorischen Gewässern*

1. Die Parteien vereinbaren in dem in Artikel 9 des partnerschaftlichen Fischereiabkommens vorgesehenen gemischten Ausschuss binnen drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Protokolls ein mehrjähriges sektorales Programm mit Durchführungsmodalitäten, die insbesondere Folgendes umfassen:
  - (a) die jährlichen und mehrjährigen Leitlinien für die Verwendung der in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b genannten finanziellen Gegenleistung;
  - (b) die jährlichen und mehrjährigen Ziele, die am Ende zur Ausübung einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Fischerei führen sollen, wobei den Prioritäten der Komoren auf dem Gebiet der nationalen Fischereipolitik oder in anderen Politikbereichen, die mit der Einrichtung einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Fischerei in Zusammenhang stehen oder sich auf sie auswirken, Rechnung zu tragen ist;
  - (c) die Kriterien und Verfahren für die jährliche Bewertung der Ergebnisse.
2. Vorschläge für die Änderung des mehrjährigen sektoralen Programms müssen von den Parteien im gemischten Ausschuss genehmigt werden.
3. Die Komoren beschließen jedes Jahr gegebenenfalls über die Verwendung eines Betrags zusätzlich zu dem in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b genannten Teil der finanziellen Gegenleistung für die Durchführung des mehrjährigen Programms. Diese Verwendung muss der Europäischen Union mitgeteilt werden.
4. Die Kommission behält sich das Recht vor, nach Anhörung der beiden Parteien im gemischten Ausschuss den in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b genannten Teil der finanziellen Gegenleistung zu kürzen, um den für die Durchführung des Programms vorgesehenen Betrag an die Ergebnisse anzupassen, wenn dies durch die jährliche Bewertung der Ergebnisse der Durchführung des mehrjährigen sektoralen Programms gerechtfertigt wird.

#### *Artikel 4*

##### *Wissenschaftliche Zusammenarbeit bei der verantwortungsvollen Fischerei*

1. Die beiden Parteien verpflichten sich, in den komorischen Gewässern eine verantwortungsvolle Fischerei nach dem Prinzip der Nichtdiskriminierung zwischen den in diesen Gewässern tätigen Fangflotten zu fördern.
2. Während der Laufzeit dieses Protokolls überwachen die Europäische Union und die Union der Komoren den Zustand der Bestände in der komorischen Fischereizone.
3. Die beiden Parteien beachten die Empfehlungen und Entschlüsse der Thunfischkommission für den Indischen Ozean (IOTC) und verpflichten sich, die Zusammenarbeit bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischereien auf Ebene der Unterregion zu fördern.
4. Auf der Grundlage der Empfehlungen und Entschlüsse der Thunfischkommission für den Indischen Ozean (IOTC) und der besten verfügbaren wissenschaftlichen Gutachten konsultieren die beiden Parteien einander gemäß Artikel 4 des Abkommens im Rahmen des in Artikel 9 des Abkommens vorgesehenen gemischten Ausschusses, um gegebenenfalls nach einer wissenschaftlichen Sitzung einvernehmlich Maßnahmen für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiresourcen zu verabschieden, die sich auf die Fangtätigkeit der Schiffe der Europäischen Union auswirken.

#### *Artikel 5*

##### *Einvernehmliche Anpassung der Fangmöglichkeiten*

Die Fangmöglichkeiten gemäß Artikel 1 können einvernehmlich angepasst werden, sofern die Empfehlungen und Entschlüsse der IOTC bestätigen, dass diese Anpassung die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiresourcen der Komoren garantiert. In diesem Fall wird die finanzielle Gegenleistung nach Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a zeitanteilig entsprechend angepasst. Der jährliche Gesamtbetrag der von der Europäischen Union gezahlten finanziellen Gegenleistung darf jedoch das Doppelte des in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a genannten Betrags nicht überschreiten.

#### *Artikel 6*

##### *Neue Fangmöglichkeiten*

1. Sollten die Schiffe der Europäischen Union an Fangtätigkeiten interessiert sein, die nicht in Artikel 1 genannt sind, konsultieren die Parteien einander vor einer eventuellen Genehmigung durch die komorischen Behörden. Die Parteien vereinbaren gegebenenfalls die für diese neuen Fangmöglichkeiten geltenden Bedingungen und ändern erforderlichenfalls das vorliegende Protokoll und seinen Anhang.
2. Die Parteien fördern die Versuchsfischerei. Zu diesem Zweck konsultieren sie einander auf Wunsch einer Partei und entscheiden fallweise über die Arten, die Bedingungen und die sonstigen sachdienlichen Parameter.
3. Die Parteien üben die Versuchsfischerei nach Maßgabe geltenden komorischen Rechts und gegebenenfalls der vereinbarten administrativen und wissenschaftlichen Bestimmungen aus. Die Versuchsfischerei darf nur für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten genehmigt werden.

4. Gelangen die Parteien zu dem Schluss, dass die Versuchsfischerei positive Ergebnisse erbracht hat, so können die komorischen Behörden auf einer Sitzung des in Artikel 9 des Abkommens vorgesehenen gemischten Ausschusses bis zum Ablauf dieses Protokolls der Flotte der Europäischen Union Fangmöglichkeiten für neue Arten einräumen. Die finanzielle Gegenleistung gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a wird entsprechend angehoben.

#### *Artikel 7*

##### *Voraussetzungen für die Fangtätigkeiten — Ausschließlichkeitsklausel*

1. Unbeschadet Artikel 6 des Abkommens dürfen die Schiffe unter der Flagge eines Mitgliedstaats der Europäischen Union nur dann in den komorischen Gewässern Fischfang betreiben, wenn sie im Besitz einer Fanggenehmigung sind, die im Rahmen des vorliegenden Protokolls nach den in dessen Anhang beschriebenen Verfahren erteilt wurde.
2. Die komorischen Behörden können den Schiffen der Europäischen Union Genehmigungen für die Fischereizweige, die nicht unter dieses Protokoll fallen, und für die Versuchsfischerei ausstellen. Mit Einverständnis beider Parteien unterliegt die Erteilung dieser Genehmigungen allerdings dem Recht und den Vorschriften der Union der Komoren.

#### *Artikel 8*

##### *Aussetzung und Anpassung der Zahlung der finanziellen Gegenleistung*

1. Die finanzielle Gegenleistung gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstaben a und b kann nach Konsultationen im gemischten Ausschuss angepasst oder ausgesetzt werden, wenn
  - a) außergewöhnliche Umstände, ausgenommen Naturphänomene, den Ablauf der Fangtätigkeiten in der komorischen AWZ verhindern;
  - b) im Falle grundlegender Veränderungen der politischen Voraussetzungen, unter denen dieses Protokoll geschlossen wurde, eine Partei eine Überprüfung der Bestimmungen mit Blick auf eine mögliche Änderung verlangt;
  - c) die Europäische Union auf den Komoren einen Verstoß gegen wesentliche und fundamentale Elemente der Menschenrechte gemäß Artikel 9 des Abkommens von Cotonou feststellt.
2. Die Europäische Union behält sich das Recht vor, in folgenden Fällen die Zahlung der besonderen finanziellen Gegenleistung gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vollständig oder teilweise auszusetzen:
  - a) Die erzielten Ergebnisse entsprechen nach einer Bewertung durch den gemischten Ausschuss nicht der Planung;
  - b) die finanzielle Gegenleistung wird nicht zweckentsprechend verwendet.
3. Die Zahlung der finanziellen Gegenleistung wird nach Konsultation und Einigung der beiden Parteien wieder aufgenommen, sobald die vor den in Absatz 1 genannten Ereignissen bestehende Lage wieder hergestellt wurde und/oder wenn die Ergebnisse der in Absatz 2 genannten finanziellen Durchführung dies rechtfertigen.

*Artikel 9*  
*Aussetzung der Anwendung des Protokolls*

1. Die Anwendung dieses Protokolls kann nach Konsultation im gemischten Ausschuss auf Initiative einer Partei ausgesetzt werden, wenn
  - a) außergewöhnliche Umstände, ausgenommen Naturphänomene, den Ablauf der Fangtätigkeiten in der komorischen AWZ verhindern;
  - b) im Falle grundlegender Veränderungen der politischen Voraussetzungen, unter denen dieses Protokoll geschlossen wurde, eine Partei eine Überarbeitung der Bestimmungen mit Blick auf eine Änderung verlangt;
  - c) die Europäische Union auf den Komoren einen Verstoß gegen wesentliche und fundamentale Elemente der Menschenrechte gemäß Artikel 9 des Abkommens von Cotonou feststellt;
  - d) die Europäische Union die Zahlung der finanziellen Gegenleistung gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a aus anderen Gründen als den in Artikel 8 genannten nicht leistet;
  - e) zwischen den beiden Parteien Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung dieses Protokolls herrschen;
  - f) eine Partei gegen die Bestimmungen dieses Protokolls verstößt.
2. Die Anwendung des Protokolls kann auf Initiative einer Partei ausgesetzt werden, wenn die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Parteien als schwerwiegend angesehen werden und bei den Konsultationen im gemischten Ausschuss nicht gütlich beigelegt werden konnten.
3. Die Anwendung des Protokolls kann nur ausgesetzt werden, indem die betreffende Partei ihre Absicht mindestens drei Monate vor dem Zeitpunkt, ab dem die Aussetzung wirksam sein soll, schriftlich mitteilt.
4. Im Fall der Aussetzung konsultieren die Parteien einander und bemühen sich um eine gütliche Beilegung der Meinungsverschiedenheiten. Wird eine solche Beilegung erreicht, so wird die Anwendung des Protokolls wiederaufgenommen und der Betrag der finanziellen Gegenleistung je nach Dauer der Aussetzung des Protokolls zeitanteilig entsprechend gekürzt.

*Artikel 10*  
*Anwendbares nationales Recht*

1. Für die Tätigkeit der Schiffe der Europäischen Union in den komorischen Gewässern gilt komorisches Recht, sofern das partnerschaftliche Fischereiabkommen sowie dieses Protokoll mit seinem Anhang und seinen Anlagen nichts anderes vorsehen.
2. Die komorischen Behörden setzen die Europäische Kommission über jede Änderung oder jede neue Rechtsvorschrift in Kenntnis, die den Fischereisektor betrifft.

*Artikel 11*  
*Laufzeit*

Dieses Protokoll und sein Anhang gelten für eine Laufzeit von drei Jahren ab der vorläufigen Anwendung gemäß Artikel 13, sofern das Protokoll nicht gemäß Artikel 12 gekündigt wird.

*Artikel 12*  
*Kündigung*

1. Im Falle einer Kündigung des Protokolls benachrichtigt die kündigende Partei die andere Partei schriftlich wenigstens sechs Monate vor dem Tag, an dem die Kündigung in Kraft treten soll, von ihrer Absicht, das Protokoll zu kündigen.
2. Der Versand der in Absatz 1 genannten Benachrichtigung leitet die Konsultationen zwischen den Parteien ein.

*Artikel 13*  
*Vorläufige Anwendung*

Dieses Protokoll und sein Anhang werden ab dem Zeitpunkt ihrer Unterzeichnung vorläufig angewendet.

*Artikel 14*  
*Inkrafttreten*

Dieses Protokoll und sein Anhang treten zu dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Parteien einander gegenseitig den Abschluss der hierzu erforderlichen Verfahren notifizieren.

## ANHANG

### BEDINGUNGEN FÜR DIE AUSÜBUNG DER FISCHEREITÄTIGKEIT DURCH SCHIFFE DER EUROPÄISCHEN UNION IN DEN GEWÄSSERN DER KOMOREN

#### **KAPITEL I - FORMALITÄTEN FÜR DIE BEANTRAGUNG UND DIE AUSSTELLUNG DER FANGGENEHMIGUNGEN**

##### **Abschnitt 1 Erteilung der Fanggenehmigungen**

1. Eine Fanggenehmigung für die komorischen Gewässer können nur die zugelassenen Schiffe der Europäischen Union erhalten.
2. Zum Fischfang zugelassen werden nur Schiffe, über die bzw. deren Reeder oder Kapitän kein Verbot der Fischereitätigkeit in den Komoren verhängt worden ist. Sie müssen sich in einer ordnungsgemäßen Lage im Verhältnis zu den komorischen Behörden befinden, d. h. sie müssen allen früheren Verpflichtungen in den Komoren aus Fischereitätigkeiten im Rahmen der mit der Europäischen Union geschlossenen Fischereiabkommen nachgekommen sein. Außerdem müssen sie die Verordnung (EG) Nr. 1006/2008 über Fanggenehmigungen beachten.
3. Jedes Schiff der Europäischen Union, das eine Fanggenehmigung beantragt, muss durch einen Konsignatar mit Wohnsitz in den Komoren vertreten sein. Name und Anschrift dieses Vertreters sind im Antrag auf eine Fanggenehmigung anzugeben.
4. Die zuständigen Behörden der Europäischen Union beantragen bei den zuständigen komorischen Behörden die Fanggenehmigung für jedes Schiff, das nach Maßgabe des Abkommens Fischfang betreiben will, mindestens 20 Tage vor Beginn der gewünschten Geltungsdauer.
5. Die Anträge werden bei den zuständigen komorischen Behörden unter Verwendung des Formulars gemäß dem Muster in Anlage I eingereicht.
6. Jedem Antrag auf Fanggenehmigung ist Folgendes beizufügen:
  - ein Beleg über die Zahlung der Gebühren für die Geltungsdauer der Genehmigung,
  - alle sonstigen Unterlagen oder Bescheinigungen, die nach den für den jeweiligen Schiffstyp geltenden besonderen Bestimmungen gemäß dem vorliegenden Protokoll erforderlich sind.
7. Die Gebühren sind auf das von den Behörden der Komoren angegebene Konto zu überweisen.
8. Die Gebühren umfassen alle nationalen und lokalen Steuern mit Ausnahme der Hafengebühren und der Kosten für die Erbringung von Dienstleistungen.
9. Die Genehmigungen für sämtliche Schiffe werden den Reedern oder ihren Vertretern über die Delegation der Europäischen Union in Mauritius durch die zuständigen

komorischen Behörden binnen fünfzehn Tagen nach Eingang aller unter Nummer 6 genannten Unterlagen zugestellt.

10. Sollten die Büros der Delegation der Europäischen Union zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Genehmigung geschlossen sein, so wird die Genehmigung direkt dem Konsignatar des Fischereifahrzeugs zugestellt und die Delegation erhält eine Kopie.
11. Die Fanggenehmigung wird auf den Namen eines bestimmten Schiffes ausgestellt und ist nicht übertragbar.
12. Auf Antrag der Europäischen Union und bei nachweislichem Vorliegen höherer Gewalt wird die Fanggenehmigung für ein Schiff jedoch durch eine neue Fanggenehmigung für ein anderes Schiff derselben Kategorie ersetzt, ohne dass eine neue Gebühr zu zahlen ist.
13. Der Reeder des zu ersetzenden Schiffes oder sein Vertreter sendet die ungültig gewordene Fanggenehmigung über die Delegation der Europäischen Union an die zuständigen komorischen Behörden zurück.
14. Die neue Fanggenehmigung gilt ab dem Tag, an dem der Reeder den zuständigen komorischen Behörden die ungültig gewordene Fanggenehmigung zurückgibt. Die Delegation der Europäischen Union in Mauritius wird von der Übertragung der Fanggenehmigung unterrichtet.
15. Die Fanggenehmigung ist unbeschadet der Bestimmungen von Kapitel VI Nummer 1 jederzeit an Bord mitzuführen.

## **Abschnitt 2**

### **Regelung der Fanggenehmigungen – Gebühren und Vorauszahlungen**

1. Die Fanggenehmigungen gelten für die Dauer eines Jahres. Sie können verlängert werden.
2. Die Gebühren sind auf 35 EUR je Tonne festgesetzt, die in den Gewässern der Komoren gefangen wird.
3. Die Fanggenehmigungen werden erteilt, nachdem folgende Pauschalbeträge an die zuständigen staatlichen Behörden gezahlt worden sind:
  - 3700 EUR jährlich je Thunfisch-Wadenfänger als Gebühr für 106 Tonnen gefangenen Thunfisch im Jahr;
  - 2200 EUR jährlich je Oberflächen-Langleinenfischer als Gebühr für 63 Tonnen gefangenen Thunfisch im Jahr.
4. Die Endabrechnung der für die Fangreise fälligen Gebühren wird von der Europäischen Kommission spätestens am 31. Juli des darauf folgenden Jahres auf der Grundlage der Fangmeldungen erstellt, die von jedem Reeder mitgeteilt und von den für die Überprüfung der Fangangaben zuständigen wissenschaftlichen Instituten in den Mitgliedstaaten, wie dem IRD (Institut de Recherche pour le Développement - Forschungsinstitut für Entwicklung), dem IEO (Instituto Español de Oceanografía -

Spanisches Ozeanografisches Institut) und dem IPIMAR (Instituto Português de Investigação Marítima - Portugiesisches Institut für Meeresforschung), bestätigt worden sind.

5. Diese Abrechnung wird der zuständigen Behörde der Komoren und den Reedern gleichzeitig zugestellt.
6. Die Reeder überweisen den zuständigen komorischen Behörden etwaige offenstehende Beträge bis spätestens 30. August des darauf folgenden Jahres auf das in Abschnitt 1 Nummer 7 genannte Konto.
7. Fällt die endgültige Abrechnung allerdings niedriger aus als der unter Nummer 3 genannte Vorschussbetrag, so wird dem Reeder die Differenz nicht erstattet.

### **Abschnitt 3 Versorgungsschiffe**

1. Die Versorgungsschiffe müssen nach den Bestimmungen und Bedingungen des komorischen Rechts zugelassen sein.
2. Für den Versorgungsschiffen ausgestellte Zulassungen dürfen keine Gebühren erhoben werden. Die Versorgungsschiffe müssen unter der Flagge eines Mitgliedstaats der Europäischen Union fahren oder zu einem europäischen Unternehmen gehören.
3. Die zuständigen Behörden der Komoren übermitteln der Kommission über die Delegation der EU in Mauritius regelmäßig die Liste dieser Zulassungen.

## **KAPITEL II - FISCHEREIZONEN**

Um der handwerklichen Fischerei in den komorischen Gewässern nicht zu schaden, ist die Fangtätigkeit von Schiffen der Europäischen Union innerhalb eines Umkreises von zehn Seemeilen um jede Insel sowie innerhalb eines Umkreises von drei Seemeilen um die von dem für Fischerei zuständigen Ministerium der Komoren kenntlich gemachten Fichsammelplätze, deren geografische Position dem Vertreter der Europäischen Union in Mauritius mitgeteilt wurde, nicht zulässig .

Diese Bestimmungen können von dem in Artikel 9 des Abkommens vorgesehenen gemischten Ausschuss überprüft werden.

## **KAPITEL III - ÜBERWACHUNG UND KONTROLLE**

### **Abschnitt I Aufzeichnung der Fänge**

1. Alle Schiffe, die im Rahmen des Abkommens in den komorischen Gewässern fischen dürfen, müssen dem für Fischerei zuständigen Ministerium der Komoren ihre Fänge wie folgt mitteilen:

- 1.1. Die EU-Schiffe, die in den komorischen Gewässern fischen dürfen, müssen bei jeder Fangreise in den komorischen Gewässern täglich ein Logbuch der IOTC für den Thunfischfang führen (Anlagen 2 und 3). Auch wenn nichts gefangen wird, muss das Logbuch ausgefüllt werden.
- 1.2 Die Kopien des Logbuchs der IOTC für den Thunfischfang müssen außerdem an die wissenschaftlichen Institute gesandt werden, die in Kapitel I Abschnitt 2 Nummer 4 genannt sind.
2. Für die Zeiten, in denen sich das Schiff nicht in den komorischen Gewässern aufgehalten hat, ist im Logbuch der Vermerk „Außerhalb der AWZ der Komoren“ einzutragen.
3. Die Vordrucke werden leserlich ausgefüllt und vom Kapitän des Schiffs unterzeichnet.
4. Die Regierung der Komoren behält sich das Recht vor, bei Nichteinhaltung der Bestimmungen dieses Kapitels die Fanggenehmigung des betreffenden Schiffes bis zur Erfüllung der Förmlichkeit auszusetzen und gegen den Reeder die nach geltendem komorischen Recht anwendbare Geldbuße zu verhängen. Die Europäische Kommission wird hiervon unterrichtet.
5. Die Fangmeldungen betreffen die Fänge des Schiffes während einer Fangreise. Sie werden dem für Fischerei zuständigen Ministerium der Komoren am Ende der Fangreise, auf jeden Fall aber vor Verlassen der komorischen Gewässer, elektronisch mit Kopie an die Europäische Kommission übermittelt. Die beiden Empfänger senden dem Schiff unverzüglich eine elektronische Empfangsbestätigung und einander eine Kopie der Bestätigung.
6. Die auf einem physischen Träger befindlichen Originale der Meldungen, die während eines Gültigkeitsjahres der Fanggenehmigung im Sinne von Kapitel I Abschnitt 2 Nummer 1 elektronisch übermittelt wurden, werden dem für Fischerei zuständigen Ministerium der Komoren binnen 45 Tagen nach Abschluss der letzten Fangreise in dem betreffenden Zeitraum übermittelt. Der Europäischen Kommission werden gleichzeitig Kopien auf einem physischen Träger übermittelt.
7. Die beiden Parteien bemühen sich nach Kräften, ein Fangmeldesystem einzurichten, damit künftig alle Daten ausschließlich auf elektronischem Wege ausgetauscht werden können: Die beiden Parteien müssen sich daher vornehmen, die Papierfassung der Fangerklärung zügig durch eine elektronische Version zu ersetzen.
8. Nach Einrichtung des elektronischen Fangmeldesystems werden die Fangmeldungen im Falle eines technischen Versagens des Systems gemäß den Nummern 5 und 6 vorgenommen, bis das System wieder betriebsfähig ist.

## **Abschnitt 2**

### **Mitteilung der Fänge: Einfahrt in und Ausfahrt aus den komorischen Gewässern**

1. Im Sinne dieses Anhangs ist die Dauer der Fangreise eines Schiffes der Europäischen Union wie folgt definiert:

- die Zeit zwischen einer Einfahrt in und einer Ausfahrt aus den komorischen Gewässern oder
  - die Zeit zwischen einer Einfahrt in die komorischen Gewässer und einer Umladung oder
  - die Zeit zwischen einer Einfahrt in die komorischen Gewässer und einer Anlandung auf den Komoren.
2. Die EU-Schiffe teilen den Fischereiaufsichtsbehörden der Komoren mindestens drei Stunden im Voraus ihre Absicht mit, in die komorischen Gewässer einzufahren oder sie zu verlassen.
  3. Bei der Mitteilung der Einfahrt bzw. Ausfahrt teilt jedes Schiff außerdem seine Position sowie die Mengen und Arten der an Bord befindlichen Fänge mit. Diese Mitteilungen erfolgen vorzugsweise elektronisch nach dem Muster in der Anlage 4 oder in Ermangelung dessen per Fax mit Empfangsbestätigung ans Schiff. Im Falle einer Panne erfolgen diese Mitteilungen per Funk.
  4. Ein Schiff, das Fischfang betreibt, ohne die zuständige komorische Behörde entsprechend unterrichtet zu haben, wird als Schiff ohne Fanggenehmigung angesehen.
  5. Die E-Mail-Adresse, die Fax- und Telefonnummern sowie die Funk-Rufnummer werden auch bei Erteilung der Fanggenehmigung mitgeteilt.

### **Abschnitt 3 Umladungen und Anlandungen**

1. Alle EU-Schiffe, die Fänge in den komorischen Gewässern umladen oder anlanden wollen, führen diese Umladungen oder Anlandungen in den komorischen Häfen durch.
  - 1.1 Die Reeder dieser Schiffe teilen den zuständigen komorischen Behörden mindestens 24 Stunden im Voraus Folgendes mit:
    - die Namen der Fischereifahrzeuge, die umladen oder anlanden wollen;
    - den Namen des übernehmenden Frachtschiffs;
    - die umzuladende oder anzulandende Menge nach Arten;
    - das Datum der Umladung oder Anlandung;
    - den Empfänger der angelandeten Fänge.
2. Die Umladung und die Anlandung gelten als Verlassen der komorischen Gewässer. Die Schiffe müssen den zuständigen komorischen Behörden folglich die Fangmeldungen aushändigen und mitteilen, ob sie beabsichtigen, den Fischfang fortzusetzen oder die komorischen Gewässer zu verlassen.

3. Alle hier nicht aufgeführten Umlade- oder Anlandevorgänge sind in den komorischen Gewässern verboten. Verstöße gegen diese Bestimmung werden nach Maßgabe des geltenden komorischen Rechts geahndet.

#### **Abschnitt 4** **Satellitenüberwachung**

Die EU-Schiffe werden ohne Diskriminierung nach den folgenden Verfahrensvorschriften, unter anderem mit dem Satellitenüberwachungssystem, überwacht:

1. Für die Zwecke der Satellitenüberwachung wurden den Vertretern oder Schiffsagenten der Reeder sowie den Fischereiüberwachungszentren der Flaggenstaaten die Koordinaten der komorischen Fischereizone mitgeteilt.
2. Die Parteien tauschen Informationen über die https-Adressen und die Spezifikationen für die elektronischen Mitteilungen zwischen ihren Fischereiüberwachungszentren nach den Bedingungen der Nummern 4 und 6 aus. Diese Angaben umfassen, soweit möglich, die Namen, Telefon-, Telex- und Faxnummern sowie die E-Mail-Adressen, die für allgemeine Mitteilungen zwischen den Fischereiüberwachungszentren verwendet werden können.
3. Die Position der Schiffe wird auf weniger als 500 m genau und mit einem Konfidenzintervall von 99 % bestimmt.
4. Fährt ein Schiff, das im Rahmen des Abkommens EG/Komoren Fischfang betreibt und nach den Rechtsvorschriften der Europäischen Union satellitengestützt überwacht wird, in die Fischereizone der Komoren ein, so teilt das Fischereiüberwachungszentrum des Flaggenstaats anschließend dem Fischereiüberwachungszentrum der Komoren (CNCSP) unverzüglich und mindestens alle zwei Stunden Positionsmeldungen mit. Diese Mitteilungen werden als Positionsmeldungen gekennzeichnet.
  - 4.1. Die Übermittlungsfrequenz kann auf höchstens 30 Minuten reduziert werden, wenn es ernstzunehmende Anhaltspunkte dafür gibt, dass das Schiff einen Verstoß begeht.
  - 4.2. Das Fischereiüberwachungszentrum der Komoren übermittelt diese Anhaltspunkte dem Fischereiüberwachungszentrum des Flaggenstaats sowie der Europäischen Kommission. Der Antrag auf Änderung der Übermittlungsfrequenz ist beizufügen. Das Fischereiüberwachungszentrum des Flaggenstaats übermittelt die angeforderten Daten unmittelbar nach Eingang des Antrags automatisch und in Echtzeit an das Fischereiüberwachungszentrum der Komoren.
  - 4.3. Das Fischereiüberwachungszentrum der Komoren benachrichtigt das Fischereiüberwachungszentrum des Flaggenstaats und die Europäische Kommission unverzüglich über das Ende des Inspektionsverfahrens.
  - 4.4. Das Fischereiüberwachungszentrum des Flaggenstaats und die Europäische Kommission sind über die Folgemaßnahmen zu etwaigen Kontrollen zu unterrichten, die auf den besonderen Antrag hin durchgeführt wurden.
5. Die Mitteilungen gemäß Nummer 4 werden elektronisch im https-Format ohne zusätzliches Protokoll übermittelt. Alle Mitteilungen werden in Echtzeit gemäß dem Format der Anlage 4 übermittelt.

- 5.1 Schiffe, die in den komorischen Gewässern tätig sind, dürfen ihr Satellitenüberwachungsgerät nicht ausschalten.
6. Bei einer technischen Störung oder Fehlfunktion des Satellitenüberwachungsgeräts an Bord des Fischereifahrzeugs teilt der Kapitän dieses Schiffs dem Fischereiüberwachungszentrum des Flaggenstaats die unter Nummer 4 vorgesehenen Angaben baldmöglichst mit. In diesem Fall ist alle vier Stunden eine Positionsmeldung zu übermitteln, solange sich das Schiff in komorischen Gewässern befindet.
  - 6.1 Diese Positionsmeldung umfasst auch die vom Kapitän des Schiffs während dieser vier Stunden aufgezeichneten stündlichen Positionsmeldungen.
  - 6.2 Das Fischereiüberwachungszentrum des Flaggenstaats oder das Schiff selbst leitet diese Mitteilungen unverzüglich an das Fischereiüberwachungszentrum der Komoren weiter.
  - 6.3 Sofern notwendig oder im Zweifelsfall können die zuständigen Behörden der Komoren das Fischereiüberwachungszentrum des Flaggenstaats um ergänzende Informationen zu einem gegebenen Schiff bitten.
7. Das defekte Gerät ist nach der Fangreise sofort, spätestens aber innerhalb eines Monats, zu reparieren oder auszutauschen. Nach Ablauf dieser Frist darf das betreffende Schiff erst zu einer neuen Fangreise auslaufen, wenn das Gerät repariert oder ausgetauscht wurde.
8. Die Hardware und die Software des Satellitenüberwachungssystems müssen gegen Manipulationen geschützt sein, d. h., es darf nicht möglich sein, falsche Positionen ein- oder auszugeben oder Positionen zu manipulieren. Das System muss vollautomatisch und unabhängig von den Umgebungsbedingungen jederzeit in Betrieb sein. Das Satellitenüberwachungsgerät darf nicht zerstört, beschädigt, außer Betrieb gesetzt oder auf andere Weise beeinträchtigt werden.
  - 8.1 Der Kapitän des Schiffs trägt insbesondere dafür Sorge, dass
    - die Daten nicht manipuliert werden,
    - die Antenne(n) des Satellitenüberwachungsgeräts nicht obstruiert ist (sind),
    - die Stromversorgung des Satellitenüberwachungsgeräts keinesfalls unterbrochen wird,
    - das Satellitenüberwachungsgerät nicht vom Schiff oder der Stelle, an der es ursprünglich eingebaut wurde, entfernt wird,
    - jeder Austausch des Satellitenüberwachungsgeräts der zuständigen Behörde der Komoren unverzüglich mitgeteilt wird.
  - 8.2 Bei Verstößen gegen die genannten Verpflichtungen kann der Kapitän nach komorischem Recht zur Verantwortung gezogen werden, sofern das Schiff in komorischen Gewässern tätig ist.

9. Die Fischereiüberwachungszentren der Flaggenstaaten überwachen die Ortung ihrer Schiffe in den komorischen Gewässern. Werden die Fischereifahrzeuge nicht wie vorgesehen geortet, so ist das Fischereiüberwachungszentrum der Komoren unverzüglich zu unterrichten, und das Verfahren gemäß Nummer 6 findet Anwendung.
10. Die Fischereiüberwachungszentren der Flaggenstaaten und das Fischereiüberwachungszentrum der Komoren arbeiten zusammen, um die Umsetzung dieser Bestimmungen zu gewährleisten. Stellt das Fischereiüberwachungszentrum der Komoren fest, dass ein Flaggenstaat die Daten gemäß Nummer 4 nicht übermittelt, so wird dies der anderen Partei unverzüglich mitgeteilt. Nach Erhalt dieser Mitteilung teilt der Flaggenstaat dem Fischereiüberwachungszentrum der Komoren binnen 24 Stunden mit, warum die Daten nicht übermittelt wurden, und gibt eine angemessene Frist für die Erfüllung der Bestimmungen an. Wird diese Frist nicht eingehalten, so lösen die beiden Parteien die betreffenden Probleme schriftlich oder nach dem Verfahren gemäß Nummer 14.
11. Die Behörden der Komoren verwenden die gemäß diesen Bestimmungen der anderen Partei übermittelten Überwachungsdaten ausschließlich zur Kontrolle und Überwachung der Fangflotte der Europäischen Union, die im Rahmen des Abkommens EG/Komoren Fischfang betreibt. Die Daten dürfen keinesfalls an Dritte weitergegeben werden.
12. Die Parteien vereinbaren, auf Antrag einer Partei Informationen über die zur Satellitenüberwachung verwendeten Geräte auszutauschen, um sicherzustellen, dass alle Geräte den Anforderungen der jeweils anderen Partei für die Zwecke der vorliegenden Bestimmungen in vollem Umfang entsprechen.
13. Die Parteien vereinbaren, diese Bestimmungen gegebenenfalls, insbesondere im Falle von Störungen oder Fehlfunktionen, zu überprüfen. Die komorischen Behörden melden dem Flaggenstaat alle derartigen Fälle mindestens 15 Tage vor der Überprüfungssitzung.
14. Bei Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Auslegung oder Anwendung dieser Bestimmungen finden im Rahmen des gemischten Ausschusses gemäß Artikel 9 des Abkommens EG/Komoren Konsultationen zwischen den Parteien statt.

#### **KAPITEL IV – ANHEUERUNG VON SEELEUTEN**

1. Jedes Schiff der Europäischen Union nimmt auf seine Fangreise in komorischen Gewässern auf eigene Kosten mindestens einen Seemann von den Komoren an Bord.
2. Die Reeder bemühen sich, noch weitere Seeleute aus AKP-Staaten anzuheuern.
3. Die Reeder können die auf ihren Fischereifahrzeugen anzuheuernden Seeleute frei aus einer Liste auswählen, die die zuständige Behörde der Komoren übermittelt hat.
4. Der Reeder oder sein Vertreter teilt der zuständigen Behörde der Komoren die Namen der an Bord des betreffenden Fischereifahrzeugs angeheuerten komorischen Seeleute mit und bestätigt ihre Eintragung in die Besatzungsliste.

5. Die Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu den grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit gilt uneingeschränkt für die auf Schiffen der EU tätigen Seeleute. Bei den Rechten handelt es sich insbesondere um die Versammlungsfreiheit sowie um die effektive Anerkennung des Rechts der Arbeitnehmer auf Tarifverhandlungen und auf die Beseitigung von Diskriminierungen in Beschäftigung und Beruf.
6. Die Heuerverträge der komorischen Seeleute, die ebenso wie die anderen Unterzeichner eine Kopie des Vertrags erhalten, werden zwischen dem (den) Vertreter(n) der Reederei und dem (den) Seeleuten und/oder ihren Gewerkschaften bzw. Vertretern im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde der Komoren ausgehandelt. Durch diese Verträge sind die Seeleute an das für sie geltende Sozialversicherungssystem angeschlossen (also u. a. lebens-, kranken- und unfallversichert).
7. Die Heuer der AKP-Seeleute geht zulasten der Reeder. Sie ist von den Reedern oder ihren Vertretern und den Seeleuten und/oder ihren Gewerkschaften bzw. Vertretern einvernehmlich festzusetzen. Die Entlohnung der AKP-Seeleute darf jedoch nicht schlechter sein als die der Besatzungen von Schiffen ihres jeweiligen Herkunftslandes und sie darf auf keinen Fall unter den IAO-Normen liegen.
8. Alle von den Fischereifahrzeugen der Europäischen Union angeheuerten Seeleute müssen sich einen Tag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt für die Einschiffung beim Kapitän des bezeichneten Schiffes melden. Erscheint ein Seemann nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt zur Einschiffung, so ist der Reeder automatisch von der Verpflichtung zur Anheuerung dieses Seemanns befreit.
9. Werden aus anderen als dem unter Nummer 8 genannten Grund keine komorischen Seeleute angeheuert, so müssen die Reeder der betreffenden Schiffe für jeden Tag der Fangreise in den komorischen Gewässern einen Pauschalbetrag von 20 EUR pro Tag und Schiff zahlen. Dieser Betrag ist innerhalb der in Kapitel I Abschnitt 2 Nummer 6 festgesetzten Frist zu zahlen.
10. Diese Summe wird für die Ausbildung von komorischen Seeleuten/Fischern verwendet und ist auf ein von den komorischen Behörden bezeichnetes Konto zu zahlen.

#### **KAPITEL V - BEOBACHTER**

1. Die Fischereifahrzeuge, die im Rahmen des Abkommens in den komorischen Gewässern Fischfang betreiben dürfen, nehmen unter den nachstehenden Bedingungen die von den komorischen Fischereibehörden benannten Beobachter an Bord.
  - 1.1 Die Thunfischfänger nehmen auf Wunsch des für Fischerei zuständigen Ministeriums der Komoren einen von diesem benannten Beobachter zur Kontrolle der in den Gewässern der Komoren getätigten Fänge an Bord.
  - 1.2 Die zuständige Behörde der Komoren erstellt die Liste der Schiffe, die gehalten sind, einen Beobachter an Bord zu nehmen, und die Liste der an Bord zu nehmenden Beobachter. Diese Listen werden ständig auf dem neuesten Stand gehalten. Sie

werden sofort nach ihrer Erstellung und anschließend alle drei Monate mit etwaigen Aktualisierungen an die Kommission weitergeleitet.

- 1.3 Die zuständige Behörde der Komoren teilt den betreffenden Reedern oder ihren Vertretern den Namen des an Bord des jeweiligen Schiffs zu nehmenden Beobachters bei der Erteilung der Fanggenehmigung oder mindestens 15 Tage vor dem voraussichtlichen Einschiffungstermin mit.
2. Der Beobachter bleibt für eine Fangreise an Bord. Jedoch kann auf ausdrückliches Ersuchen der zuständigen komorischen Behörden dieser Aufenthalt an Bord je nach der durchschnittlichen Dauer der Fangreisen des betreffenden Schiffs auf mehrere Fangreisen ausgedehnt werden. Die zuständigen komorischen Behörden äußern dieses Ersuchen, wenn sie den Namen des Beobachters mitteilen, der an Bord des betreffenden Schiffs gehen soll.
3. Die Bedingungen für die Übernahme des Beobachters an Bord werden vom Reeder oder seinem Vertreter und den komorischen Behörden einvernehmlich festgelegt.
4. Der Beobachter geht zu Beginn der ersten Fangreise in den komorischen Gewässern nach Übermittlung der Liste der ausgewählten Schiffe in einem vom Reeder bestimmten Hafen an Bord.
5. Die Reeder teilen binnen zwei Wochen und zehn Tage im Voraus die für die Übernahme der Beobachter vorgesehenen Termine und komorischen Häfen mit.
6. Wird der Beobachter im Ausland an Bord genommen, so werden seine Reisekosten vom Reeder übernommen. Verlässt ein Fischereifahrzeug die Gewässer der Komoren mit einem komorischen Beobachter an Bord, so wird auf Kosten des Reeders für dessen unverzügliche Rückkehr auf die Komoren gesorgt.
7. Findet sich der Beobachter nicht binnen zwölf Stunden nach dem vereinbarten Zeitpunkt am vereinbarten Ort ein, so ist der Reeder nicht länger verpflichtet, diesen Beobachter an Bord zu nehmen.
8. Der Beobachter wird an Bord wie ein Offizier behandelt. Er hat folgende Aufgaben:
  - 8.1 Beobachtung der Fangtätigkeiten der Schiffe;
  - 8.2 Überprüfung der Position der Schiffe beim Fischfang;
  - 8.3 Erstellung einer Übersicht der verwendeten Fanggeräte;
  - 8.4 Überprüfung der Angaben zu den in den komorischen Gewässern getätigten Fängen im Logbuch;
  - 8.5 Überprüfung des Anteils der Beifänge und Schätzung der zurückgeworfenen Mengen an marktfähigen Fischen, Krebstieren und Kopffüßern;
  - 8.6 Übermittlung der Fangdaten einschließlich der an Bord befindlichen Mengen an Zielarten und Beifängen per Funk.
9. Der Kapitän trifft alle ihm obliegenden Vorkehrungen, um die Sicherheit und das Wohlergehen des Beobachters bei der Ausübung seiner Aufgaben zu gewährleisten.

- 10 Dem Beobachter ist bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben jede erforderliche Hilfe zu gewähren. Der Kapitän gewährt ihm Zugang zu den für die Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Kommunikationsmitteln, zu den Unterlagen, die die Fangtätigkeit des Schiffes unmittelbar betreffen, insbesondere dem Logbuch und dem Navigationslogbuch, sowie zu den Teilen des Schiffes, zu denen er zur Wahrnehmung seiner Aufgaben Zugang haben muss.
11. Während seines Aufenthalts an Bord
  - 11.1 trifft der Beobachter alle geeigneten Vorkehrungen, damit seine Einschiffung und seine Anwesenheit an Bord die Fangtätigkeiten weder unterbrechen noch behindern;
  - 11.2 geht er mit den an Bord befindlichen Gegenständen und Ausrüstungen sorgfältig um und wahrt die Vertraulichkeit sämtlicher Dokumente des betreffenden Schiffes.
12. Am Ende des Beobachtungszeitraums und vor Verlassen des Schiffes erstellt der Beobachter einen Tätigkeitsbericht, der den zuständigen Behörden der Komoren mit Kopie an die Europäische Kommission übersandt wird. Er unterzeichnet ihn in Gegenwart des Kapitäns, der seinerseits alle als notwendig erachteten Bemerkungen hinzufügen oder hinzufügen lassen kann und diese anschließend unterzeichnet. Eine Kopie des Berichts wird dem Kapitän des Schiffes ausgehändigt, wenn der wissenschaftliche Beobachter von Bord geht.
13. Der Reeder sorgt im Rahmen der Möglichkeiten des Schiffes auf seine Kosten für die Unterbringung und Verpflegung der Beobachter zu gleichen Bedingungen wie für Offiziere.
14. Die Vergütung und die Sozialabgaben des Beobachters gehen zulasten der zuständigen Behörden der Komoren.

## **KAPITEL VI - ÜBERWACHUNG**

Die Fischereifahrzeuge der Europäischen Union müssen die Maßnahmen und Empfehlungen der Thunfischkommission für den Indischen Ozean (IOTC) für Fanggeräte, ihre technischen Spezifikationen und alle anderen für ihre Fangtätigkeit geltenden technischen Maßnahmen einhalten.

1. Liste der Schiffe
  - 1.1 Die Europäische Union führt eine aktuelle Liste der Schiffe, denen nach den Bestimmungen dieses Protokolls eine Fanggenehmigung ausgestellt wurde. Diese Liste wird den für die Fischereiüberwachung zuständigen komorischen Behörden nach ihrer Aufstellung und nach jeder Aktualisierung umgehend übermittelt.
  - 1.2 Die Schiffe der Europäischen Union können in die unter Nummer 1.1 genannte Liste eingetragen werden, sobald die Benachrichtigung über die Vorauszahlung gemäß Kapitel I Abschnitt 2 Nummer 3 eingegangen ist. In diesem Fall kann der Reeder eine beglaubigte Kopie dieser Liste erhalten, die bis zur Erteilung der Fanggenehmigung an Bord mitzuführen ist.
2. Kontrollverfahren

- 2.1 Die Kapitäne der Schiffe der Europäischen Union, die in den komorischen Gewässern Fischfang betreiben, gestatten jedem mit Kontrollen und der Überwachung der Fischereitätigkeiten beauftragten Beamten der Komoren, an Bord zu kommen, und unterstützen ihn bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben.
- 2.2 Die Anwesenheit dieser Beamten an Bord darf die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Zeit nicht überschreiten.
- 2.3 Nach Abschluss der Kontrolle und Überwachung wird dem Schiffskapitän eine Kopie des Kontrollberichts ausgehändigt.
- 2.4 Um sichere Kontrollverfahren zu erleichtern, ohne gegen komorisches Recht zu verstoßen, sind die Inspektionsschiffe und die Inspektoren bei einer Durchsichtung als von den Komoren bevollmächtigt auszuweisen.
- 2.5 Die Kapitäne der Schiffe der Europäischen Union, die in einem komorischen Hafen anlanden oder umladen, gestatten die Kontrolle dieser Tätigkeiten durch die komorischen Inspektoren und unterstützen sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

## **KAPITEL VII - DURCHSUCHUNG**

1. Durchsichtung
  - 1.1 Die zuständigen Behörden der Komoren informieren die Europäische Kommission und den Flaggenstaat binnen 24 Stunden, wenn in den komorischen Gewässern ein Schiff der Europäischen Union durchsucht und mit einer Sanktion belegt wurde.
  - 1.2 Gleichzeitig wird der Europäischen Kommission ein kurzer Bericht über die Umstände und Gründe der Durchsichtung übermittelt.
2. Durchsuchungsprotokoll
  - 2.1 Nach Aufnahme des Sachverhalts in das Protokoll, das von der zuständigen komorischen Behörde erstellt wird, muss der Kapitän des Schiffes dieses Dokument unterzeichnen.
  - 2.2 Diese Unterschrift beeinträchtigt nicht die Rechte und die Mittel der Verteidigung, die der Kapitän gegen den ihm zur Last gelegten Verstoß geltend machen kann.
  - 2.3 Der Kapitän muss sein Schiff in den von den komorischen Behörden bezeichneten Hafen bringen. Bei einem geringfügigen Verstoß kann die zuständige Behörde der Komoren dem durchsuchten Schiff die Fortsetzung seiner Fangtätigkeiten gestatten.
3. Konzertierungssitzung im Fall einer Durchsichtung
  - 3.1 Bevor mögliche Maßnahmen gegenüber dem Schiffskapitän oder der Besatzung oder hinsichtlich der Ladung und Ausrüstung des Schiffes ergriffen werden, ausgenommen Maßnahmen zur Sicherung von Beweisen für den mutmaßlichen Verstoß, findet binnen einem Arbeitstag nach Eingang der oben genannten Informationen zwischen der Europäischen Kommission und den zuständigen komorischen Behörden eine Konzertierungssitzung statt, an der auch ein Vertreter des betreffenden Mitgliedstaats teilnehmen kann.

- 3.2 Im Laufe dieser Konzertierung tauschen die Parteien untereinander sämtliche Dokumente und Angaben aus, die dazu beitragen können, den Sachverhalt zu klären. Der Reeder oder sein Vertreter wird über das Ergebnis dieser Konzertierung sowie über alle aufgrund der Durchsuchung getroffenen Maßnahmen informiert.
4. Verfahren im Fall einer Durchsuchung
- 4.1 Vor der Einleitung gerichtlicher Schritte wird versucht, den mutmaßlichen Verstoß im Wege eines Vergleichs zu regeln. Dieses Verfahren wird spätestens drei Arbeitstage nach der Durchsuchung abgeschlossen.
- 4.2 Im Falle eines Vergleichs wird die Höhe des Bußgeldes nach den komorischen Rechtsvorschriften festgesetzt. Dieser Betrag wird registriert und der Beleg dafür wird unterzeichnet und der Europäischen Kommission und dem Flaggenstaat übermittelt
- 4.3 Konnte der Fall nicht durch einen Vergleich beigelegt werden und kommt es zur Klage bei einer zuständigen gerichtlichen Instanz, so hinterlegt der Reeder bei einer von den zuständigen Behörden der Komoren bezeichneten Bank eine Sicherheit, deren Höhe unter Berücksichtigung der Kosten der Durchsuchung sowie der Geldstrafen und Entschädigungen festgesetzt wird, die von den Verantwortlichen zu leisten sind.
- 4.4 Die Banksicherheit kann vor Abschluss des Gerichtsverfahrens nicht widerrufen werden. Sie wird im Falle der Beendigung des Verfahrens ohne Verurteilung freigegeben. Ebenso geben die zuständigen Behörden der Komoren bei einer Verurteilung mit Verhängen einer Geldstrafe, die niedriger ausfällt als die hinterlegte Sicherheit, den Restbetrag frei.
- 4.5 Das Schiff wird freigegeben und der Besatzung wird gestattet, den Hafen zu verlassen, sobald
- den Verpflichtungen im Rahmen des außergerichtlichen Vergleichs nachgekommen wurde oder
  - bis zum Abschluss des Gerichtsverfahrens eine Banksicherheit gemäß Nummer 4.3 hinterlegt und von den zuständigen Behörden der Komoren akzeptiert wurde.

## **Anlagen**

1. Formular für die Beantragung einer Fanggenehmigung
2. Logbuch für Wadenfänger
3. Logbuch für Langleinenfänger
4. Formular für die Meldung der Einfahrt in die Fischereizone und der Ausfahrt daraus
5. Übermittlung von VMS-Meldungen an die Komoren - Positionsmeldung

Anlage 1

**ANTRAG AUF ERTEILUNG EINER FANGGENEHMIGUNG FÜR  
AUSLÄNDISCHE FISCHEREIFAHRZEUGE**

Name des Antragstellers: .....

.....

Anschrift des Antragstellers: .....

.....

Name und Anschrift des Befrachters (falls nicht Antragsteller): .....

.....

Name und Anschrift eines Vertreters (Schiffsagenten) auf den Komoren: .....

.....

Schiffsname: .....

.....

Schiffstyp: .....

.....

Registrierland: .....

.....

Registriernummer und -hafen: .....

.....

Äußere Kennzeichnung des Schiffes: .....

.....

Rufzeichen und Frequenz: .....

.....

Schiffslänge: .....

.....

Schiffsbreite: .....

.....

Maschinentyp und -leistung: .....

.....

Bruttoregistertonnen: .....

.....

Nettoregistertonnen: .....

.....

Mindeststärke der Besatzung: .....

.....

Art des Fischfangs: .....

.....

Zielarten: .....

.....

Beantragte Geltungsdauer: .....

.....

Der Unterzeichner bestätigt die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.

Datum ..... Unterschrift.....



### Anlage 3 MUSTER FÜR FANGMELDUNGEN VON THUNFISCH-LANGLEINENFÄNGERN

Flag country / Pavillon			
Date reported / Date de déclaration †		Name of captain / Nom du capitaine	
Reporting person / Personne déclarante	Name / Nom	Phone / Téléphone	
Departure date / Date de départ †		Departure port / Port de départ	
Arrival date / Date d'arrivée †		Arrival port / Port d'arrivée	

Name of boat / nom du navire		
Vessel size / Taille du navire	GT (tons)/TB (tonnes)	LOA (m) / LHT (m)
License number / Numéro de licence		
Call sign / Indicatif radio		
Number of crew / Effectif équipage		

† use YYYY/MMDD for dates / utilisez AAAAMM/JJ pour les dates

Gear configuration / configuration de l'engin	
Branch line length / Longueur des avançons (m)	
Float line length / longueur des ralingues de flotteurs (m)	
Length between branch lines / longueur entre les avançons	

Type of weight / type de poids	
<input type="checkbox"/>	whole / entier
<input type="checkbox"/>	processed / transformé

Für jedes Ausbringen sind die Fänge in Zahl und Gewicht (kg) in die oberen bzw. unteren Zeilen einzutragen.

Date	Position				Tunas / thons					Billfishes / Poisses-pêché					Sharks / requins				
	Latitude		Longitude		southern bluefin / thon rouge	albacore / germon	bigeye / patudo	yellowfin / albacore	skipjack / listao	Swordfish / espadon	Striped marlin / marlin rayé	blue marlin / marlin bleu	black marlin / marlin noir	Sailfish / voilier	Shortbill spearfish / marlin à rostre court	Blue shark / Peau bleue	Porbeagle / requin taupe	Mako / petite taupe	Other / autres
	Degree / Degrés a	NS	Degree / Degrés a	EW															
		N S		E W															
		N S		E W															
		N S		E W															
		N S		E W															

for dates, use the YYYY/MM/DD format / pour les dates, utiliser le format AAAA/MM/JJ  
 a for positions, use the format / pour les positions, utiliser le format: XX°XX'  
 \*\* for SST, use a value with one decimal point / pour la SST, utiliser une valeur à une décimale

**Muster einer Tabelle für die Überwachung der Fangtätigkeit von EU-Fischereifahrzeugen in den komorischen Gewässern**

<b>Flaggenstaat</b>	<b>Schiffsname</b>	<b>Rufzeichen des Schiffs</b>	<b>Jahr</b>	<b>Kategorie (Wadenfänger, Langleiner)</b>	<b>Fanggenehmigung</b>	<b>Einfahrt in das Gebiet</b>	<b>Ausfahrt aus dem Gebiet</b>	<b>Fangtage (VMS)</b>	<b>Fänge</b>	<b>VMS-Überwachung</b>

**ÜBERMITTLUNG VON VMS-MELDUNGEN AN DIE KOMOREN**

**POSITIONSMELDUNG**

<b>Datenelement</b>	<b>Code</b>	<b>Obligato- risch/fakul- tativ</b>	<b>Bemerkungen</b>
Aufzeichnungsbeginn	SR	O	Systemangabe – gibt den Beginn der Aufzeichnung an
Empfänger	AD	O	Angabe zur Meldung – Empfänger. ISO-Alpha-3-Code des Landes
Absender	FS	O	Angabe zur Meldung – Absender. ISO-Alpha-3-Code des Landes
Art der Meldung	TM	O	Angabe zur Meldung - Art der Meldung „POS“
Rufzeichen	RC	O	Angabe zum Schiff – internationales Rufzeichen des Schiffes
Interne Referenz- nummer der Partei	IR	F	Angabe zum Schiff – Nummer der Partei (ISO-3-Code des Flaggenstaats gefolgt von einer Nummer)
Externe Kennnummer	XR	F	Angabe zur Schiffsregistrierung – die außen angebrachte Nummer des Schiffes
Flaggenstaat	FS	F	Angabe zum Flaggenstaat
Breitengrad	LA	O	Angabe zur Position des Schiffes - Position in Grad und Minuten N/S GGMM (WGS 84)
Längengrad	LO	O	Angabe zur Position des Schiffes - Position in Grad und Minuten O/W GGMM (WGS84)
Datum	DA	O	Angabe zur Position des Schiffes – Datum der Aufzeichnung UTC (JJJJMMTT)
Uhrzeit	TI	O	Angabe zur Position des Schiffes – Uhrzeit der Aufzeichnung UTC (HHMM)
Aufzeichnungsende	ER	O	Systemangabe — gibt das Ende der Aufzeichnung an

Zeichensatz: ISO 8859.1

Eine Datenübertragung ist folgendermaßen aufgebaut:

- Ein doppelter Schrägstrich (//) und der Code „SR“ bedeuten den Beginn einer Mitteilung;
- Ein doppelter Schrägstrich (//) und ein Feldcode bedeuten den Beginn eines Datenfelds.
- Ein einfacher Schrägstrich (/) trennt den Feldcode und die Daten.
- Datenpaare werden durch Leertaste getrennt.
- Die Buchstaben "ER" und ein doppelter Schrägstrich (//) bedeuten das Ende einer Aufzeichnung.
- Die fakultativen Datenfelder sind zwischen Aufzeichnungsbeginn und Aufzeichnungsende einzufügen.

## FINANZBOGEN ZU RECHTSAKTEN

### **1. BEZEICHNUNG DES VORSCHLAGS**

Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss eines neuen Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Union der Komoren

### **2. ABM/ABB-RAHMEN**

11. Maritime Angelegenheiten und Fischerei

1103. Internationale Fischerei und Seerecht

### **3. HAUSHALTSLINIEN**

#### **3.1. Haushaltslinien**

110301: Internationale Fischereiabkommen

11010404: Internationale Fischereiabkommen - Verwaltungsausgaben

#### **3.2. Dauer der geplanten Maßnahme und ihrer finanziellen Auswirkungen**

Das Protokoll zum Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Union der Komoren läuft am 31. Dezember 2010 ab. Das neue Protokoll hat eine Laufzeit von drei Jahren beginnend an dem Tag, an dem der Rat den Beschluss über die vorläufige Anwendung dieses Protokolls nach Ablauf des geltenden Protokolls am 31. Dezember 2010 erlässt.

In dem Protokoll sind die Höhe der finanziellen Gegenleistung, die Fischereikategorien und die Bedingungen für die Fangtätigkeit der Schiffe der Europäischen Union in der Fischereizone der Komoren festgelegt.

### **4. RESSOURCEN IM ÜBERBLICK**

#### **4.1. Mittelbedarf**

*4.1.1. Überblick über die erforderlichen Verpflichtungsermächtigungen (VE) und Zahlungsermächtigungen (ZE)*

*in Mio. EUR (mit fünf Dezimalstellen)*

Art der Ausgaben	Abschnitt Nr.			2011	2012	2013	Insgesamt
Verpflichtungs-ermächtigungen	8.1	a	Siehe Fußnoten <sup>8</sup> und <sup>9</sup>	0,61525	0, 61525	0, 61525	1,84575
Zahlungs-ermächtigungen		b	Siehe Fußnoten <sup>8</sup> und <sup>9</sup>	0,61525	0, 61525	0, 61525	1,84575
Technische und administrative Unterstützung (NGM)	8.2.4	c		0,01920	0,01920	0,05920	0,09760
<b>Verpflichtungs-ermächtigungen</b>		a+ c	Siehe Fußnoten <sup>8</sup> und <sup>9</sup>	0,63445	0,63445	0,67450	1,94335
<b>Zahlungs-ermächtigungen</b>		b+ c	Siehe Fußnoten <sup>8</sup> und <sup>9</sup>	0,63445	0,63445	0,67450	1,94335
Personal- und Nebenkosten (NGM)	8.2.5	d		0,06710	0, 06710	0,06710	0,20130
Sonstige im Höchstbetrag nicht enthaltene Verwaltungskosten, außer Personal- und Nebenkosten (NGM)	8.2.6	e		0,02500	0,02500	0,02500	0,07500
<b>VE insgesamt, einschließlich Personalkosten</b>		a+ c+ d+ e	Siehe Fußnoten <sup>8</sup> und <sup>9</sup>	0,72655	0,72655	0,76655	2,21965
<b>ZE insgesamt, einschließlich Personalkosten</b>		b+ c+ d+ e	Siehe Fußnoten <sup>8</sup> und <sup>9</sup>	0,72655	0,72655	0,76655	2,21965

<sup>8</sup> Die finanzielle Gegenleistung setzt sich zusammen aus a) einem jährlichen Betrag für den Zugang zur AWZ der Komoren in Höhe von 315 250 EUR, das entspricht einer Jahresreferenzmenge von 4 850 Tonnen und b) einem besonderen Betrag für die Unterstützung der Entwicklung der Politik im Fischereisektor der Komoren in Höhe von 300 000 EUR jährlich. Übersteigt die Gesamtmenge der von den Schiffen der Europäischen Union in den komorischen Gewässern getätigten Fänge 4 850 Tonnen jährlich, so wird der Gesamtbetrag der jährlichen finanziellen Gegenleistung um 65 EUR je zusätzliche Tonne erhöht. Allerdings darf dieser Betrag 630 500 EUR pro Jahr nicht überschreiten.

<sup>9</sup> Laut Protokoll können die Fangmöglichkeiten einvernehmlich angepasst werden, sofern die Empfehlungen und Entschließungen der IOTC bestätigen, dass diese Anpassung die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiresourcen der Komoren garantiert. Die finanzielle Gegenleistung kann jedoch nur dann angehoben werden, wenn entsprechende Haushaltsmittel zu Verfügung stehen.

## Angaben zur Kofinanzierung: *Keine Kofinanzierung*

*in Mio. EUR (mit fünf Dezimalstellen)*

Kofinanzierung durch			2011	2012	2013	Insgesamt
	f					
ZE Insgesamt, einschließlich Kofinanzierung	a + c + d + e + f	Siehe Fußnoten <sup>8</sup> und <sup>9</sup>	0,72655	0,72655	0,76655	2,21965

### 4.1.2. *Vereinbarkeit mit der Finanzplanung*

- Der Vorschlag ist mit der derzeitigen Finanzplanung vereinbar.
- Der Vorschlag macht eine Anpassung der betreffenden Rubrik des mehrjährigen Finanzrahmens erforderlich.
- Der Vorschlag erfordert möglicherweise eine Anwendung der Interinstitutionellen Vereinbarung<sup>10</sup> (z. B. Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments oder Änderung des mehrjährigen Finanzrahmens).

### 4.1.3. *Finanzielle Auswirkungen auf die Einnahmen*

- Der Vorschlag hat keine finanziellen Auswirkungen auf die Einnahmen
- Folgende finanziellen Auswirkungen auf die Einnahmen sind zu erwarten:

***Hinweis: Einzelheiten und Anmerkungen zur Berechnungsmethode sind diesem Finanzbogen als Anhang beizufügen.***

*in Mio. EUR (mit fünf Dezimalstellen)*

<sup>10</sup> Siehe Nummern 19 und 24 der Interinstitutionellen Vereinbarung.

Haushaltslinie	Einnahmen	Stand vor				
		der Maßnahme [Jahr n -1]		[Jahr n]	Haushaltslinie	Ein-nahmen
	a) Einnahmen nominal					a) Einnahmen nominal
	b) Veränderung bei den Einnahmen	Δ				b) Veränderung bei den Einnahmen

*(Beschreibung für jede einzelne Einnahmenlinie; falls die Auswirkungen sich auf mehrere Linien erstrecken, ist die Tabelle um die entsprechende Zeilenzahl zu verlängern)*

**4.2. Humanressourcen – Vollzeitäquivalente (Beamte, Zeitbedienstete und externes Personal) – Einzelheiten hierzu siehe Nummer 8.2.1.**

Jährlicher Bedarf	2011	2012	2013
Personalbedarf insgesamt	0,85	0,85	0,85

**5. MERKMALE UND ZIELE**

**5.1. Kurz- oder längerfristig zu deckender Bedarf**

Das derzeitige Protokoll zum Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Union der Komoren läuft am 31. Dezember 2010 ab. Das neue Protokoll soll den Zeitraum 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013 erfassen, sofern das maßgebliche Verfahren für die Annahme des Ratsbeschlusses über die vorläufige Anwendung des Protokolls, das zum selben Zeitpunkt anläuft wie das vorliegende Verfahren, vor Ablauf der Frist am 31. Dezember abgeschlossen wird.

Das Hauptziel des neuen Protokolls besteht darin, die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Komoren im Interesse einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Fischereipolitik und einer rationellen Befischung der Bestände in der Fischereizone der Komoren. Die wichtigsten Elemente des neuen Protokolls sind:

- Fangmöglichkeiten: 45 Thunfisch-Wadenfänger und 25 Langleinenfänger dürfen eine Jahresreferenzmenge fischen, aufgeteilt wie folgt (auf der Grundlage der Aufteilungsmethode des alten Protokolls, der Ersuchen der

Mitgliedstaaten und des historischen Ausschöpfungsgrades je Mitgliedstaaten und Kategorie):

- Thunfischwadenfänger: Frankreich: 22, Spanien: 22, Italien: 1
- Langleiner: Spanien: 12, Portugal: 5, Frankreich: 8
- Jährliche finanzielle Gegenleistung: 615 250 EUR
- Von den Reedern zu entrichtende Vorauszahlungen und Gebühren<sup>11</sup>: 35 EUR je Tonne Thunfisch, der in der Fischereizone der Komoren gefangen wird. Die jährlichen Vorauszahlungen sind auf 3700 EUR je Thunfischwadenfänger und auf 2200 je Langleiner festgelegt.

## **5.2. Durch die EU-Intervention bedingter Mehrwert, Kohärenz des Vorschlags mit anderen Finanzinstrument und mögliche Synergieeffekte**

Ohne Intervention der EU würden die Fischereitätigkeiten durch privatrechtliche Abkommen geregelt, was keine nachhaltige Fischerei gewährleisten würde. Die Europäische Union hofft außerdem, dass die Komoren im Rahmen dieses Protokolls weiterhin in Gremien wie der Thunfischkommission für den Indischen Ozean (IOTC), der Fischereikommission für den südwestlichen Indischen Ozean und dem Übereinkommen über die Fischerei im südlichen Indischen Ozean wirksam bei der Bewirtschaftung der Hochseefischereien im südlichen Indischen Ozean mit der EU zusammenarbeiten. Die im Protokoll vorgesehenen Mittel erlauben es den Komoren außerdem, ihre aktive Mitwirkung am regionalen Fischereiüberwachungsplan für den Südwesten des Indischen Ozeans zu verstärken und zu verbessern, der von der GD MARE finanziert und von der Fischereikommission für den Indischen Ozean durchgeführt wird.

## **5.3. Ziele, erwartete Ergebnisse und entsprechende Indikatoren im Rahmen der ABM-Methodik**

Das Aushandeln und der Abschluss von Fischereiabkommen mit Drittländern entsprechen dem allgemeinen Ziel, die traditionellen Fischereitätigkeiten der EU-Flotte, einschließlich der Fernflotte, zu erhalten und zu schützen und partnerschaftliche Beziehungen zu entwickeln, um die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiresourcen außerhalb der EU-Gewässer unter Berücksichtigung ökologischer, sozialer und ökonomischer Erwägungen zu stützen.

Folgende Indikatoren werden im Rahmen des ABM zur Überwachung der Durchführung des Abkommens angewandt:

- Überwachung der Ausschöpfung der Fangmöglichkeiten;
- Erhebung und Auswertung der Fangdaten und des Handelswertes der im Rahmen des Abkommens erfolgten Fänge;
- Beitrag zu Beschäftigung und Mehrwert in der EU;
- Beitrag zur Stabilisierung des EU-Marktes;

---

<sup>11</sup> Die von den Reedern zu entrichtenden Vorauszahlungen und Gebühren haben keine Auswirkungen auf den EU-Haushalt.

- Beitrag zu den allgemeinen Zielen, die Armut auf den Seychellen zu reduzieren, einschließlich des Beitrags zur Beschäftigung, zur Infrastrukturentwicklung und zum Staatshaushalt;
- Zahl der technischen Sitzungen und der Sitzungen des Gemischten Ausschusses.

#### **5.4. Durchführungsmodalitäten (indikative Angabe)**

- X Zentrale Verwaltung
- X direkt durch die Kommission

## **6. ÜBERWACHUNG UND BEWERTUNG**

### **6.1. Kontrollsystem**

Die Kommission (GD MARE, in Zusammenarbeit mit der für Mauritius, die Seychellen und die Komoren zuständigen Delegation der Kommission in Mauritius) gewährleistet die regelmäßige Überwachung der Anwendung dieses Protokolls, insbesondere seine Anwendung durch die Wirtschaftsbeteiligten und die Fangdaten.

### **6.2. Bewertung**

Eine eingehende Bewertung des Protokolls 2005-2011 wurde mit der Unterstützung eines Gremiums unabhängiger Berater durchgeführt und im Mai 2010 abgeschlossen, um die Aushandlung eines neuen Protokolls zu ermöglichen.

#### **6.2.1. Ex-ante-Bewertung**

Gegenstand der Bewertung waren die folgenden Punkte, die für die EU von Interesse sind:

- Das Fischereiabkommen mit den Komoren trägt dem Bedarf der europäischen Fischereiflotten Rechnung und kann daher dazu beitragen, die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der EU-Thunfischbranche im Indischen Ozean zu sichern.
- Es kann davon ausgegangen werden, dass das Protokoll zur wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der europäischen Fangflotte beiträgt, indem es den Schiffen der EU und den nachgelagerten Wirtschaftszweigen ein stabiles rechtliches Umfeld und eine mittelfristige Perspektive bietet.

Was die Interessen der Komoren im Rahmen des Protokolls angeht, so führt die Bewertung zur folgenden Schlussfolgerungen:

- Das Fischereiabkommen könnte dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsbehörden im Fischereisektor zu stärken, indem die Forschung und die Überwachung und Kontrolle ausgebaut sowie die Ausbildung in der handwerklichen Fischerei und deren Rentabilität verbessert werden.
- Außerdem wirkt sich das Fischereiabkommen wesentlich auf die finanzielle und politische Stabilität des Landes aus.

Über den unmittelbaren kommerziellen Wert der Fänge für die betreffenden Schiffe hinaus lassen sich folgende Vorteile absehen:

- garantierte Beschäftigung an Bord von Fischereifahrzeugen;
  - Multiplikatoreffekt für die Beschäftigung in Häfen, Auktionshallen, Konservenfabriken, Schiffbau- und Dienstleistungsunternehmen usw.;
  - Beschäftigungsmöglichkeiten in Gebieten, in denen es keine anderen Beschäftigungsmöglichkeiten gibt,
  - Förderung der Belieferung von EU-Märkten mit Fischereierzeugnissen.
- Mehrwert der Intervention der Europäischen Union:

Das Abkommen mit der EU garantiert mit einem für beide Parteien obligatorischen Regelwerk die ordnungsgemäße Bestandsbewirtschaftung, was im Rahmen von privatrechtlichen Verträgen nicht immer der Fall ist.

Außerdem werden durch das Fischereiabkommen Arbeitsplätze für Seeleute aus der EU und aus Drittländern geschaffen. Darüber hinaus sichert das Fischereiabkommen einen wesentlichen Teil der Ressourcen der Fischereipolitik auf den Komoren. Schließlich trägt das Fischereiabkommen dazu bei, die Überwachung und Kontrolle zu verstärken.

- Risiken und Alternativen:

Der Abschluss eines Fischereiprotokolls ist mit einigen Risiken behaftet, wie dem Risiko, dass die zur Finanzierung der Fischereipolitik vorgesehenen Beträge nicht wie vereinbart eingesetzt werden (Untervergabe). Um diese Risiken zu vermeiden, ist ein fundierter Dialog über die Programmplanung und die Durchführung der Fischereipolitik vorgesehen.

6.2.2. *Ex-ante-Bewertung des wirtschaftlichen Wertes des Abkommens und finanzielle Gegenleistung der EU*

Die finanzielle Gegenleistung für dieses Protokoll beträgt 612 250 EUR/Jahr im Zeitraum 2011-2013. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den Kosten des Zugangs zu den komorischen Gewässern für die EU-Schiffe (315 250 EUR/Jahr), was einer Jahresreferenzmenge von 3850 Tonnen entspricht, und der Unterstützung des Fischereisektors in Höhe von 300 000 EUR/Jahr.

Die finanzielle Gegenleistung des laufenden Protokolls beträgt 390 000 EUR/Jahr; sie deckt allein die Fangrechte ab, ohne Unterstützung für die Entwicklung des Sektors. Die zusätzlichen Mittel für die Unterstützung des Fischereisektors bewirkt somit eine relativ große Anhebung des Gesamtbetrags der finanziellen Gegenleistung im Rahmen des neuen gegenüber dem geltenden Protokoll.

Die zusätzlichen Mittel sind wegen des Bedarfs der Union der Komoren gerechtfertigt, damit diese eine in Bezug auf die Bestandsbewirtschaftung und gute Entscheidungsfindung nachhaltige und verantwortungsvolle Fischereipolitik durchführen können.

### 6.2.3. *Maßnahmen im Anschluss an Zwischen-/Ex-Post-Bewertungen (unter Zugrundlegung früherer Erfahrungen)*

Der Bewertungsbericht<sup>12</sup> bestätigt, dass sich das Protokoll auf die Anwesenheit von Thunfisch-Wadenfängern positiv auswirkt, die Langleinerflotte hingegen kaum berührt. Der Beitrag des Abkommens zur Sicherung der Fangtätigkeiten der EU ist für den Thunfischfang sehr wichtig, selbst wenn sich die Fänge auf einige Monate im Jahr konzentrieren.

Im neuen Abkommen sind diese Empfehlungen berücksichtigt, da ausschließlich Fanggenehmigung für den Thunfisch erteilt werden.

Für die für Initiativen auf dem Gebiet der von der komorischen Regierung verfolgten Fischereipolitik bestimmte finanzielle Gegenleistung wird ein mehrjähriges Fischereiprogramm für diese Finanzhilfe aufgestellt. Über die Programmplanung wird ein ausführlicher, ständiger Dialog zwischen den Parteien geführt.

### 6.2.4. *Modalitäten und Periodizität der vorgesehenen Bewertungen*

Aufbauend auf die im Mai 2010 vorgelegte Studie (vgl. Nummern 6.2.1 und 6.2.3) und im Interesse einer nachhaltigen Fischerei in der Region ist künftig vor jeder Verlängerung des Protokolls eine Bewertung und Analyse der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen des Protokolls durchzuführen. Die unter Nummer 5.3 aufgelisteten Indikatoren werden für eine Ex-post-Bewertung herangezogen.

## 7. **BETRUGSBEKÄMPFUNGSMASSNAHMEN**

Die Verwendung der von der EU im Rahmen des Abkommens gezahlten finanziellen Gegenleistung fällt in die ausschließliche Zuständigkeit des souveränen Drittstaats.

Die Kommission ist jedoch entschlossen, einen ständigen politischen Dialog zu führen und eine Zusammenarbeit zu gewährleisten, um die Verwaltung des Abkommens und den Beitrag der EU zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischbestände zu verbessern.

In jedem Fall unterliegen alle Zahlungen, die die Kommission im Rahmen eines Fischereiabkommens leistet, den kommissionsüblichen Vorschriften und Verfahren im Haushalts- und Finanzbereich. Das heißt, dass insbesondere eine vollständige Identifizierung der Bankkonten von Drittstaaten, auf die die finanzielle Gegenleistung überwiesen wird, möglich ist.

---

<sup>12</sup> Ex-Post-Bewertung des Protokolls 2005-2010 und Ex-ante-Bewertung des künftigen Protokolls.

## 8. RESSOURCEN IM EINZELNEN

### 8.1. Ziele des Vorschlags und Finanzbedarf

Verpflichtungsermächtigungen in Mio. EUR (mit fünf Dezimalstellen)

		2011		2012		2013		Insgesamt	
	Art der Ergebnisse	Zahl der Ergebnisse	Gesamtkosten für die EU	Zahl der Ergebnisse	Gesamtkosten für die EU	Zahl der Ergebnisse	Gesamtkosten für die EU	Zahl der Ergebnisse	Gesamtkosten für die EU
OPERATIVES ZIEL Nr. 1 <sup>13</sup> : Finanzielle Gegenleistung für eingeräumte Fangbedingungen									
<b>Maßnahme 1</b>									
Ergebnis 1	Referenzmenge; Höchstzahl der Fanggenehmigungen je Gültigkeitszeitraum	4850; 70 Fanggenehmigungen	0,31525	4850; 70 Fanggenehmigungen	0,31525	4850; 70 Fanggenehmigungen	0,31525	4850; 70 Fanggenehmigungen	0,94557
OPERATIVES ZIEL Nr. 2 <sup>15</sup> : Besonderer Beitrag zur Unterstützung des Fischereisektors der Komoren									
<b>Maßnahme 2</b>									
Ergebnis 2			0,30000		0,30000		0,30000		0,90000

<sup>13</sup>

Siehe Nummer 5.3.

## 8.2. Verwaltungsausgaben

Die erforderlichen Personal- und Verwaltungsressourcen werden durch Mittel abgedeckt, die der mit der Verwaltung betrauten Generaldirektion im Rahmen des jährlichen Zuweisungsverfahrens zugewiesen werden.

### 8.2.1. Anzahl und Art des erforderlichen Personals

Art der Stellen		Zur Verwaltung der Maßnahme einzusetzendes vorhandenes und/oder zusätzliches Personal (Stellenzahl/Vollzeitäquivalent)					
		2011	2012	2013			
Beamte und Bedienstete auf Zeit <sup>14</sup> (11 01 01)	A*/AD	0,25	0,25	0,25			
	B*, C*/AST	0,3	0,3	0,3			
Aus Artikel 11 01 02 finanziertes <sup>15</sup> Personal							
Aus Artikel 11 01 04 04 finanziertes <sup>16</sup> sonstiges Personal		0,3	0,3	0,3			
<b>Insgesamt</b>		<b>0,85</b>	<b>0,85</b>	<b>0,85</b>			

### 8.2.2. Beschreibung der Aufgaben, die im Zuge der Maßnahme auszuführen sind

- Unterstützung des Verhandlungsführers bei der Vorbereitung und Führung der Verhandlungen zu den Fischereiabkommen:
  - Teilnahme an den Verhandlungen mit Drittländern über den Abschluss von Fischereiabkommen;
  - Ausarbeitung von Bewertungsberichten und Strategiepapieren zu den Verhandlungen für den Kommissar;
  - Vorstellung und Begründung der Standpunkte der Kommission in der Gruppe „Externe Fischereipolitik“ des Rates;
  - Beteiligung an der Suche nach einem Kompromiss mit den Mitgliedstaaten, der im endgültigen Text des Abkommens zum Tragen kommen wird.
- Kontrolle der Durchführung der Abkommen:

<sup>14</sup> Die hierfür sind NICHT im Referenzbetrag enthalten.

<sup>15</sup> Die hierfür sind NICHT im Referenzbetrag enthalten.

<sup>16</sup> Die Kosten hierfür sind im Referenzbetrag enthalten.

- tägliche Begleitung der Fischereiabkommen,
- Vorbereitung und Überprüfung der Mittelbindungen und der Auszahlungsanordnungen für die finanzielle Gegenleistung und etwaige zusätzliche spezifische Beiträge;
- regelmäßige Berichterstattung über die Durchführung der Abkommen;
- Bewertung der Abkommen: wissenschaftliche und technische Gesichtspunkte;
- Erstellung des Entwurfs für einen Vorschlag für eine Verordnung und einen Beschluss des Rates sowie Ausarbeitung der Texte des Abkommens;
- Einleitung und Weiterbearbeitung der Genehmigungsverfahren.
- Technische Unterstützung:
  - Ausarbeitung des Standpunkts der Kommission im gemischten Ausschuss.
- Beziehungen zu anderen Organen:
  - Vertretung der Kommission gegenüber dem Rat, dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten bei den Verhandlungen;
  - Beantwortung mündlicher und schriftlicher Anfragen von Mitgliedern des Europäischen Parlaments.
- Dienststellenübergreifende Koordinierung und Konsultationen:
  - Verbindung zu anderen Generaldirektionen in Fragen der Aushandlung und weiteren Bearbeitung der Abkommen;
  - Organisation von und Beantwortung bei dienststellenübergreifenden Konsultationen.
- Bewertung:
  - Mitarbeit an der Aktualisierung der Wirkungsanalyse;
  - Analyse der erreichten Ziele und der Bewertungsindikatoren.

### 8.2.3. Herkunft der Humanressourcen (Statutspersonal)

(Bei mehreren Angaben bitte die jeweilige Zahl der Stellen angeben.)

- Derzeit für die Verwaltung des Programms, das ersetzt oder verlängert werden soll, zugewiesene Stellen
- Im Rahmen des JSP/HVE-Verfahrens für das Jahr 2011 vorab zugewiesene Stellen
- Im Rahmen des anstehenden neuen JSP/HVE-Verfahrens anzufordernde Stellen
- innerhalb des für die Verwaltung zuständigen Dienstes neu zu verteilende vorhandene Stellen (interne Personalumsetzung)
- für das Jahr n erforderliche, jedoch im Rahmen des JSP/HVE-Verfahrens für dieses Jahr nicht vorgesehene neue Stellen

### 8.2.4. Sonstige im Höchstbetrag enthaltene Verwaltungsausgaben

(11 01 04/05 – Verwaltungsausgaben)

EUR

Haushaltlinie: 11010404 (Nummer und Bezeichnung)	2011	2012	2013	Insgesamt
<b>1. Technische und administrative Unterstützung (einschließlich Personalkosten)</b>				
Exekutivagenturen <sup>17</sup>				
Sonstige technische und administrative Unterstützung				
- <i>intra muros</i> <sup>18</sup>	19 200	19 200	19 200	57 600
- <i>extra muros</i> <sup>19</sup>			40 000	40 000

<sup>17</sup> Hier ist auf den Finanzbogen zum Gründungsrechtsakt der Exekutivagentur/Agenturen zu verweisen.

<sup>18</sup> Kosten des Vertragsagenten in EU-Delegation in Mauritius, finanziert über die Haushaltslinie 110100404.

<sup>19</sup> Kosten der Ex-post-Bewertung des Protokolls, vgl. Nummer 6.2.4.

<b>Technische und administrative Unterstützung insgesamt</b>	19 200	19 200	<b>59 200</b>	<b>97 600</b>
--	--------	--------	---------------	---------------

8.2.5 *Im Höchstbetrag nicht enthaltene Personalausgaben und Nebenkosten*

EUR

Art des Personals	2011	2012	2013	Insgesamt
Beamte und Bedienstete auf Zeit (11 01 01)	67 100	67 100	67 100	201 300
Aus Artikel XX 01 02 finanziertes Personal (Hilfskräfte, ANS, Zeitbedienstete usw.)  (Angabe der Haushaltslinie)				
<b>Personal- und Nebenkosten insgesamt (NICHT im Höchstbetrag enthalten)</b>	67 100	67 100	67 100	201 300

Berechnung – **Beamte und Vertragsbedienstete**

*Siehe gegebenenfalls Nummer 8.2.1*

- 1 AD = 122 000 EUR\*0,25 = 30 500 EUR

1 AST = 122 000 EUR\*0,15 = 18 300 EUR

1 AST = 122 000 EUR\*0,15 = 18 300 EUR

Zwischensumme: 67 100 EUR (0,0671 Mio. EUR/Jahr)

[Die Kosten des Vertragsagenten in der EU-Delegation in Mauritius, d. h. 64 000\*0,3 = 19 200 EUR, sind unter Nummer 8.2.4 angegeben, da sie Teil der unter den Referenzbetrag fallenden Verwaltungskosten sind.]

Insgesamt: 86 300 EUR/Jahr (0,0863 Mio. EUR/Jahr)

Berechnung – Personal finanziert durch Art. XX 01 02

*Siehe gegebenenfalls Nummer 8.2.1*

8.2.6 Sonstige im Höchstbetrag nicht enthaltene Verwaltungsausgaben

EUR

	2011	2012	2013	Insgesamt
11 01 02 11 01 – Dienstreisen	15 000	15 000	15 000	45 000
11 01 02 11 02 – Sitzungen und Konferenzen	10 000	10 000	10 000	30 000
XX 01 02 11 03 - Ausschüsse <sup>20</sup>				
XX 01 02 11 04 - Studien und Konsultationen				
XX 01 02 11 05 – Informationssysteme				
<b>2. Gesamtbetrag der sonstigen Verwaltungsausgaben (XX 01 02 11)</b>				
<b>3. Sonstige Ausgaben administrativer Art</b> (Angabe mit Hinweis auf die betreffende Haushaltslinie)				
<b>Gesamtbetrag der Verwaltungsausgaben, ausgenommen Personal- und Nebenkosten (NICHT im Referenzbetrag enthalten)</b>	<b>25 000</b>	<b>25 000</b>	<b>25 000</b>	<b>75 000</b>

<sup>20</sup> Angabe von Kategorie und Gruppe des Ausschusses.